

**Antwort****der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Kerstin Kassner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/3996 –**

**Polizeikontrollen im Zusammenhang der unerlaubten Einreise und Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland**

## Vorbemerkung der Fragesteller

Die Europäische Kommission hat am 16. Oktober 2014 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet, wegen unzulässiger Binnengrenzkontrollen (Verstoß gegen Artikel 20 und Artikel 21a des Grenzkodex, siehe taz.die tageszeitung vom 22. Dezember 2015 „Brüssel rüffelt Grenzkontrollen“).

Die Abgeordnete Ulla Jelpke hatte im November 2012 die Europäische Kommission in einem Brief zu einem solchen Schritt aufgefordert. Sie verwies dabei auf das „Melki-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 22. Juni 2010, mit dem genauere gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von stichpunktartigen Binnengrenzkontrollen hinsichtlich ihrer Intensität und Häufigkeit gefordert werden, um das Prinzip einer unkontrollierten Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union (EU) auch in der Praxis sicherzustellen (vgl. hierzu auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/11015). Solche Regelungen fehlen jedoch im deutschen Recht, im Gegensatz etwa zu den Niederlanden, wo es effektive quantitative Beschränkungen für solche Polizeikontrollen gibt (vgl. Urteil des EuGH vom 19. Juli 2012, C-278/12 PPU). Die Europäische Kommission teilte die vorgebrachten Bedenken und wandte sich an die deutschen Behörden; eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/3654, Antwort zu Frage 22) ergibt sich im Groben die Begründung der Kommission für die Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens: „Die Europäische Kommission hat rechtliche Bedenken gegen § 23 Absatz 1 Nummer 3 BPolG erhoben. Nach Meinung der Europäischen Kommission soll die Norm hinsichtlich der Intensität und Häufigkeit von Kontrollen Beschränkungen vorgeben.“ Auf Nachfragen im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 17. Dezember 2014 erklärte die Bundesregierung, dass sie in Verhandlungen mit der Europäischen Kommission stehe und durch untergesetzliche Maßnahmen Zweifel an der Vereinbarkeit deutschen Rechts mit EU-Recht begeben wolle.

Einen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht sie nicht (Bundestagsdrucksache 17/11015, Antwort zu Frage 14a).

Trotz mehrfacher Nachfragen ist die Bundesregierung nicht bereit, dem Deutschen Bundestag das Einleitungsschreiben der Europäischen Kommission im Wortlaut zur Verfügung zu stellen. Sie beruft sich dabei auf eine Lücke im Gesetz, das die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem Parlament in Angelegenheiten der EU regelt (EuZBBG – Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union, hier §4 Absatz 6). Demnach sind die Abgeordneten über Vertragsverletzungsverfahren in Bezug auf eine fehlerhafte Umsetzung von EU-Richtlinien zu informieren. Die Bundesregierung zieht daraus den Schluss, dass eine solche Informationspflicht in Bezug auf eine fehlerhafte Umsetzung von Verordnungen (wie dem EU-Grenzkodex) nicht bestünde. Dabei handelt es sich nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller offenkundig um eine ungewollte Gesetzeslücke, denn das EuZBBG sieht im Übrigen eine umfassende Unterrichtungspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Bundestag zu allen Vorgängen auf der EU-Ebene vor (§ 3 EuZBBG). Im Jahr 2012 gab es in Deutschland 2,5 Millionen Personenkontrollen der Bundespolizei im grenznahen Raum zur Verhinderung unerlaubter Einreisen auf der Grundlage des § 23 Absatz 1 Nummer 3 des Bundespolizeigesetzes (BPolG; vgl. Bundestagsdrucksache 17/14569, Frage 14). Gut 20 000 Mal wurde im Jahr 2012 eine unerlaubte Einreise bzw. ein unerlaubter Aufenthalt festgestellt (ebd., zu Frage 15), auch infolge von Befragungen nach § 22 Absatz 1a BPolG bzw. nach Durchsuchungen nach § 44 Absatz 2 BPolG.

Bei diesen Polizeikontrollen im grenznahen Raum geht es auch um die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität. Wesentliches Motiv ist auch die Bekämpfung von unerlaubten Grenzübertritten, die von Personen begangen werden, die als Asylsuchende in die EU eingereist sind. Sie müssen nach der Dublin-Verordnung im Land der Ersteinreise ihr Asylverfahren betreiben. Die Fahndung nach unerlaubt Einreisenden steht in der Kritik, Praktiken des „racial profiling“ bei Polizeikontrollen in Grenznähe zur Folge zu haben (vgl. Institut für Menschenrechte, Studie „Racial Profiling – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1a Bundespolizeigesetz“).

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Es trifft zu, dass die Europäische Kommission im Rahmen eines Pilot-, später Vertragsverletzungsverfahrens mit Fragen zur Vereinbarkeit von § 23 Absatz 1 Nummer 3 des Bundespolizeigesetzes (BPolG) mit der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 vom 15. März 2006 (Schengener Grenzkodex) an die Bundesregierung herangetreten ist und dabei auch Intensität und Häufigkeit der Kontrollen thematisiert hat.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass § 23 Absatz 1 Nummer 3 BPolG mit europäischem Recht vereinbar ist und Kontrollintensität und -häufigkeit für den Binnengrenzbereich in Deutschland rechtlich hinreichend konkret normiert sind. Sie unterrichtet den Deutschen Bundestag in Vertragsverletzungsverfahren gemäß § 4 Absatz 6 Nummer 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EuZBBG), soweit diese Verfahren die ausgebliebene, unvollständige oder fehlerhafte Umsetzung von Richtlinien durch den Bund betreffen. Verordnungen der Europäischen Union – wie der Schengener Grenzkodex – sind von der Vorschrift nicht erfasst. Darüber hinaus weist die Bundesregierung darauf hin, dass der Innenausschuss des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung vom 17. Dezember 2014 durch einen Vertreter der Bundesregierung zu diesem Vertragsverletzungsverfahren informiert worden ist.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkungen der Bundesregierung in den Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksachen 18/453 vom 6. Februar 2014 und 18/939 vom 27. März 2014 verwiesen.

1. Mit welcher Begründung verweigert die Bundesregierung den Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Kenntnisnahme des Einleitungsschreibens der Europäischen Kommission (siehe Vorbemerkung der Fragesteller)?

Auf die Ausführungen zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages in der Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

2. Ist die Bundesregierung inzwischen bereit, dem Deutschen Bundestag den Wortlaut des Einleitungsschreibens der Europäischen Kommission zur Verfügung zu stellen, wenn nein, welche weiteren Ausführungen zum Inhalt des Schreibens und der rechtlichen und tatsächlichen Begründung lassen sich machen, und wurde in dem Schreiben insbesondere auch die Gefahr eines „racial profiling“ bei in ihrer Intensität und Häufigkeit nicht näher begrenzten Kontrollen thematisiert?

Zur erbetenen Übermittlung des Einleitungsschreibens der Europäischen Kommission und zum näheren Inhalt des Schreibens wird auf die Ausführungen zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages in der Vorbemerkung der Bundesregierung Bezug genommen.

In der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 17. Dezember 2014 hat der Vertreter der Bundesregierung auch mitgeteilt, dass in dem in Rede stehenden Schreiben der Europäischen Kommission „racial profiling“ nicht angesprochen wird.

3. Wie ist der aktuelle Stand des Vertragsverletzungsverfahrens, und welche Schritte werden folgen (bitte ausführen)?

Die Bundesregierung hat der Europäischen Kommission mit Schreiben vom 16. Februar 2015 die erbetene Stellungnahme übermittelt. Die im Innenausschuss des Deutschen Bundestages angekündigten Gespräche zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesregierung haben zwischenzeitlich stattgefunden und sollen auf Grundlage der Stellungnahme fortgesetzt werden.

4. Wie soll der Vorgabe des EuGH im „Melki-Urteil“ nach gesetzlichen Regelungen zur Häufigkeit und Intensität von Kontrollen nachgekommen werden, wenn es die Bundesregierung laut Auskunft im Innenausschuss des Deutschen Bundestages (siehe Vorbemerkung der Fragesteller) dabei belassen will, untergesetzliche Regelungen zu treffen?

Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 22. Juni 2012 in den Rechtssachen C-188/10 und C-189/10 Ausführungen zu inhaltlichen Anforderungen an eine nationale Regelung gemacht. Zu der Frage, wie diese Anforderungen im nationalen Recht ausgestaltet werden, sind dem Urteil nach Einschätzung der Bundesregierung keine Vorgaben zu entnehmen. Im Übrigen geht die Bundesregierung von der Schengenkonformität der geltenden Rechtslage aus.

5. Wie soll bei untergesetzlichen Regelungen eine parlamentarische oder öffentliche Kontrolle sichergestellt werden, angesichts des Umstands, dass sich die Bundesregierung in der Vergangenheit trotz mehrfacher Nachfragen der Abgeordneten Ulla Jelpke (vgl. Bundestagsdrucksache 17/12646, Schriftliche Frage 10, S. 6) geweigert hat, eine Weisung der Bundespolizeidirektion zu Kontrollen bei Flügen aus Griechenland im Wortlaut zur Verfügung zu stellen, obwohl angesichts der Presseberichterstattung über systematische Personenkontrollen bzw. Personenbefragungen (vgl. taz, die tageszeitung vom 18. September 2012 „Halten Sie ihren Pass bereit“) Zweifel daran bestanden, ob die Auskünfte der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/11015 zum Inhalt der Weisung zutreffend waren (bitte ausführen)?

Aus dem parlamentarischen Fragerecht ergibt sich ein Anspruch auf vollständige und wahrheitsgemäße Beantwortung der der Bundesregierung gestellten Fragen. Einen Anspruch auf Übermittlung von (einzelnen) Schriftstücken umfasst das parlamentarische Fragerecht hingegen nicht. Zur Ausübung polizeilicher Befragungen und Kontrollen, insbesondere zu deren Quantität, wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 18/453 vom 6. Februar 2014) und nachstehende Antworten verwiesen.

6. In welchem Umfang hat die Bundespolizei im Jahr 2013 bzw. im Jahr 2014 (bitte differenziert darstellen) von § 22 Absatz 1a BPolG, § 23 Absatz 1 BPolG und § 44 Absatz 2 BPolG Gebrauch gemacht (bitte für die einzelnen Bundespolizeidirektionen jeweils nach Grenzgebiet, Inland und Flughäfen sowie nach Fortbewegungsmittel differenziert auflisten)?

Die Anzahl der polizeilichen Maßnahmen im Sinne der Fragestellung kann der nachfolgenden tabellarischen Übersicht entnommen werden. Eine Differenzierung nach „Fortbewegungsmitteln“ wird durch die Bundespolizei statistisch nicht erfasst.

Direktion	Art der Grenze/ Inland	2013			2014		
		§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG	§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG
BPOLD Bad Bramstedt	Grenzgebiet	9	301 450	71 307	0	286 086	77 520
	Inland	16 406	0	0	16 856	0	0
	Flughäfen	124	0	0	406	0	0
BPOLD Berlin	Grenzgebiet	12 613	231 376	89 384	0	209 334	83 242
	Inland	52 726	0	0	54 473	0	0
	Flughäfen	5 920	0	0	9 497	0	0
BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	Inland	4 397	0	0	5 492	0	0
	Flughäfen	40 642	0	0	18 516	0	0
BPOLD Hannover	Grenzgebiet	15	44 539	6 294	0	44 903	7 939
	Inland	14 992	0	0	13 179	0	0
	Flughäfen	2 616	0	0	4 692	0	0

Direktion	Art der Grenze/ Inland	2013			2014		
		§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG	§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG
BPOLD Koblenz	Grenzgebiet	428	139 560	5 369	0	127 098	5 284
	Inland	68 066	0	0	60 778	0	0
	Flughäfen	2 570	0	0	3 742	0	0
BPOLD München	Grenzgebiet	0	527 300	100 960	0	433 973	90 034
	Inland	88 582	0	0	76 037	0	0
	Flughäfen	8 625	0	0	13 695	0	0
BPOLD Pirna	Grenzgebiet	519	779 775	240 788	0	926 554	291 165
	Inland	41 690	0	0	43 306	0	0
	Flughäfen	7 487	0	0	5 839	0	0
BPOLD Sankt Augustin	Grenzgebiet	0	98 907	24 844	0	95 219	24 625
	Inland	83 187	0	0	78 511	0	0
	Flughäfen	12 348	0	0	17 647	0	0
BPOLD Stuttgart	Grenzgebiet	50	198 336	15 488	0	190 583	13 539
	Inland	11 143	0	0	10 661	0	0
	Flughäfen	11 140	0	0	10 511	0	0
<b>Gesamt</b>		<b>486 295</b>	<b>2 321 243</b>	<b>554 434</b>	<b>443 838</b>	<b>2 313 750</b>	<b>593 348</b>

7. In welchem Umfang wurden in den genannten Zeiträumen bei anlasslosen Befragungen oder Kontrollen der Bundespolizei (bitte jeweils auch nach der Rechtsgrundlage differenzieren) Verstöße welcher Art festgestellt, und wie viele Feststellungen betrafen insbesondere die Tatbestände unerlaubter Aufenthalt, unerlaubte Einreise bzw. sonstige Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz?

Die Anzahl der Feststellungen bei der Ausübung polizeilicher Befugnisse im Sinne der Fragestellung kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Feststellungen nach dem Aufenthaltsgesetz sind in der Summe der strafrechtlichen Delikte enthalten. Darüber hinausgehende statistische Daten liegen der Bundespolizei nicht vor.

	2013			2014		
	§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG	§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG
Strafrechtliche Delikte	16 969	60 457	471	23 931	90 492	496
Unerlaubte Einreise	2 280	17 085	8	4 794	30 167	1
Unerlaubter Aufenthalt	4 249	1 697	3	5 315	2 134	0

8. Wie verteilten sich jeweils Befragungen, Feststellungen zur Personenfahndung, zur Sachfahndung, zu strafrechtlichen Delikten und von unerlaubter Einreise und unerlaubtem Aufenthalt (bitte getrennt angeben) in den genannten Zeiträumen auf Grenzgebiet, Inland und Flughäfen?

Statistische Daten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

		2013			2014		
		§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG	§ 22 Abs. 1a BPolG	§ 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG	§ 44 Abs. 2 BPolG
Grenzgebiet	Personenfahndung	41	21 362	14	118	22 983	53
	Sachfahndung	1	4 364	19	13	4 475	53
	Strafrechtliche Delikte	618	60 457	471	2 641	90 492	496
	Unerlaubte Einreise	843	17 085	8	3 468	30 167	1
	Unerlaubter Aufenthalt	153	1 697	3	131	2 134	0
Inland	Personenfahndung	16 103	0	0	13 604	0	0
	Sachfahndung	774	0	0	551	0	0
	Strafrechtliche Delikte	13 157	0	0	18 804	0	0
	Unerlaubte Einreise	309	0	0	246	0	0
	Unerlaubter Aufenthalt	4 072	0	0	5 141	0	0
Flughäfen	Personenfahndung	166	0	0	262	0	0
	Sachfahndung	93	0	0	177	0	0
	Strafrechtliche Delikte	3 194	0	0	2 486	0	0
	Unerlaubte Einreise	1 128	0	0	1 080	0	0
	Unerlaubter Aufenthalt	24	0	0	43	0	0

9. Welches waren die zehn Hauptherkunftsländer bei Feststellungen von unerlaubter Einreise bzw. unerlaubtem Aufenthalt im Jahr 2013 und im Jahr 2014 durch die Bundespolizei (bitte nach Bundespolizeidirektion und Fortbewegungsmittel differenzieren)?

Statistische Daten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Unerlaubte Einreise im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Syrien	BPOLD Bad Bramstedt	333	Zug	1 229
	BPOLD Berlin	97	PKW	699
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	83	nicht bekannt	556
	BPOLD Hannover	113	Flugzeug	480
	BPOLD Koblenz	277	KOM	335
	BPOLD München	1 313	Kleintransporter	122
	BPOLD Pirna	164	LKW	18
	BPOLD Sankt Augustin	538		
	BPOLD Stuttgart	521		
	<b>Gesamt</b>			
Russische Föderation	BPOLD Bad Bramstedt	148	PKW	1 424
	BPOLD Berlin	1 567	Flugzeug	473
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	203	nicht bekannt	762
	BPOLD Hannover	20	Zug	410
	BPOLD Koblenz	71	KOM	187
	BPOLD München	660	Kleintransporter	157
	BPOLD Pirna	452		
	BPOLD Sankt Augustin	164		
	BPOLD Stuttgart	128		
	<b>Gesamt</b>			
Afghanistan	BPOLD Bad Bramstedt	150	Zug	1 013
	BPOLD Berlin	14	nicht bekannt	477
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	45	PKW	301
	BPOLD Hannover	59	KOM	211
	BPOLD Koblenz	581	Flugzeug	153
	BPOLD München	820	Kleintransporter	30
	BPOLD Pirna	53	LKW	30
	BPOLD Sankt Augustin	347		
	BPOLD Stuttgart	146		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Einreise im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Eritrea	BPOLD Bad Bramstedt	132	nicht bekannt	524
	BPOLD Berlin	1	Zug	384
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	76	KOM	282
	BPOLD Hannover	58	PKW	156
	BPOLD Koblenz	492	Flugzeug	140
	BPOLD München	314	Kleintransporter	46
	BPOLD Sankt Augustin	228	LKW	1
	BPOLD Stuttgart	232		
<b>Gesamt</b>				<b>1 533</b>
Türkei	BPOLD Bad Bramstedt	17	PKW	744
	BPOLD Berlin	24	nicht bekannt	279
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	56	Flugzeug	167
	BPOLD Hannover	34	Zug	87
	BPOLD Koblenz	37	KOM	46
	BPOLD München	758	Kleintransporter	15
	BPOLD Pirna	44	LKW	6
	BPOLD Sankt Augustin	231		
	BPOLD Stuttgart	143		
<b>Gesamt</b>				<b>1 344</b>
Serbien	BPOLD Bad Bramstedt	58	PKW	408
	BPOLD Berlin	7	Kleintransporter	349
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	27	KOM	271
	BPOLD Hannover	5	Zug	105
	BPOLD Koblenz	134	nicht bekannt	90
	BPOLD München	402	Flugzeug	83
	BPOLD Pirna	487	LKW	1
	BPOLD Sankt Augustin	121		
	BPOLD Stuttgart	66		
<b>Gesamt</b>				<b>1 307</b>



Unerlaubte Einreise im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Kosovo	BPOLD Bad Bramstedt	21	PKW	493
	BPOLD Berlin	10	Zug	243
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	13	nicht bekannt	166
	BPOLD Hannover	11	KOM	91
	BPOLD Koblenz	63	Flugzeug	51
	BPOLD München	624	Kleintransporter	30
	BPOLD Pirna	24	LKW	1
	BPOLD Sankt Augustin	121		
	BPOLD Stuttgart	188		
	<b>Gesamt</b>			
Ukraine	BPOLD Bad Bramstedt	8	Flugzeug	359
	BPOLD Berlin	13	Kleintransporter	199
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	143	PKW	185
	BPOLD Hannover	5	KOM	176
	BPOLD Koblenz	4	nicht bekannt	33
	BPOLD München	358	Zug	27
	BPOLD Pirna	431	LKW	6
	BPOLD Sankt Augustin	14		
	BPOLD Stuttgart	9		
	<b>Gesamt</b>			
Somalia	BPOLD Bad Bramstedt	70	KOM	293
	BPOLD Berlin	9	Zug	218
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	17	nicht bekannt	117
	BPOLD Hannover	59	Flugzeug	95
	BPOLD Koblenz	99	PKW	61
	BPOLD München	382		
	BPOLD Pirna	4		
	BPOLD Sankt Augustin	88		
	BPOLD Stuttgart	56		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Einreise im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Pakistan	BPOLD Bad Bramstedt	17	Zug	229
	BPOLD Berlin	17	nicht bekannt	192
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	27	PKW	160
	BPOLD Hannover	5	Flugzeug	77
	BPOLD Koblenz	134	KOM	52
	BPOLD München	314	Kleintransporter	24
	BPOLD Pirna	62		
	BPOLD Sankt Augustin	89		
	BPOLD Stuttgart	69		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Einreise im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Syrien	BPOLD Bad Bramstedt	1 038	Zug	6 731
	BPOLD Berlin	116	PKW	3 112
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	118	nicht bekannt	2 326
	BPOLD Hannover	237	Flugzeug	500
	BPOLD Koblenz	1 026	KOM	466
	BPOLD München	7 090	Kleintransporter	607
	BPOLD Pirna	446	LKW	287
	BPOLD Sankt Augustin	1 003		
	BPOLD Stuttgart	2 955		
	<b>Gesamt</b>			
Eritrea	BPOLD Bad Bramstedt	293	Zug	4 491
	BPOLD Berlin	6	PKW	323
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	53	nicht bekannt	2 455
	BPOLD Hannover	192	Flugzeug	96
	BPOLD Koblenz	2 078	KOM	370
	BPOLD München	3 083	Kleintransporter	208
	BPOLD Pirna	15	LKW	2
	BPOLD Sankt Augustin	948		
	BPOLD Stuttgart	1 277		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Einreise im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Afghanistan	BPOLD Bad Bramstedt	164	Zug	1 529
	BPOLD Berlin	22	PKW	778
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	23	nicht bekannt	803
	BPOLD Hannover	39	Flugzeug	124
	BPOLD Koblenz	607	KOM	150
	BPOLD München	2 212	Kleintransporter	92
	BPOLD Pirna	90	LKW	280
	BPOLD Sankt Augustin	235		
	BPOLD Stuttgart	364		
	<b>Gesamt</b>			
Kosovo	BPOLD Bad Bramstedt	38	Zug	1 344
	BPOLD Berlin	4	PKW	847
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	11	nicht bekannt	508
	BPOLD Hannover	7	Flugzeug	38
	BPOLD Koblenz	100	KOM	99
	BPOLD München	1 921	Kleintransporter	91
	BPOLD Pirna	348	LKW	19
	BPOLD Sankt Augustin	61		
	BPOLD Stuttgart	456		
	<b>Gesamt</b>			
Türkei	BPOLD Bad Bramstedt	12	Zug	77
	BPOLD Berlin	26	PKW	840
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	45	nicht bekannt	240
	BPOLD Hannover	33	Flugzeug	170
	BPOLD Koblenz	30	KOM	32
	BPOLD München	871	Kleintransporter	12
	BPOLD Pirna	36	LKW	6
	BPOLD Sankt Augustin	176		
	BPOLD Stuttgart	148		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Einreise im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Serbien	BPOLD Bad Bramstedt	62	Zug	100
	BPOLD Berlin	14	PKW	437
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	18	nicht bekannt	266
	BPOLD Hannover	14	Flugzeug	50
	BPOLD Koblenz	126	KOM	215
	BPOLD München	346	Kleintransporter	303
	BPOLD Pirna	612	LKW	5
	BPOLD Sankt Augustin	107		
	BPOLD Stuttgart	77		
	<b>Gesamt</b>			
Russische Föderation	BPOLD Bad Bramstedt	46	Zug	171
	BPOLD Berlin	252	PKW	394
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	189	nicht bekannt	230
	BPOLD Hannover	36	Flugzeug	432
	BPOLD Koblenz	49	KOM	99
	BPOLD München	435	Kleintransporter	33
	BPOLD Pirna	160		
	BPOLD Sankt Augustin	88		
	BPOLD Stuttgart	104		
	<b>Gesamt</b>			
Ukraine	BPOLD Bad Bramstedt	11	Zug	35
	BPOLD Berlin	69	PKW	275
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	91	nicht bekannt	73
	BPOLD Hannover	5	Flugzeug	303
	BPOLD Koblenz	21	KOM	363
	BPOLD München	371	Kleintransporter	297
	BPOLD Pirna	757	LKW	5
	BPOLD Sankt Augustin	18		
	BPOLD Stuttgart	8		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Einreise im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Somalia	BPOLD Bad Bramstedt	56	Zug	514
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	14	PKW	39
	BPOLD Hannover	25	nicht bekannt	227
	BPOLD Koblenz	118	Flugzeug	31
	BPOLD München	852	KOM	498
	BPOLD Pirna	11		
	BPOLD Sankt Augustin	53		
	BPOLD Stuttgart	180		
<b>Gesamt</b>				<b>1 309</b>
Nigeria	BPOLD Bad Bramstedt	15	Zug	523
	BPOLD Berlin	16	PKW	64
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	131	nicht bekannt	123
	BPOLD Hannover	8	Flugzeug	167
	BPOLD Koblenz	21	KOM	150
	BPOLD München	563	Kleintransporter	3
	BPOLD Pirna	27		
	BPOLD Sankt Augustin	99		
	BPOLD Stuttgart	150		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubter Aufenthalt im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Türkei	BPOLD Bad Bramstedt	10	Flugzeug	1 298
	BPOLD Berlin	123	nicht bekannt	179
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	198	Zug	34
	BPOLD Hannover	195	PKW	30
	BPOLD Koblenz	35	KOM	2
	BPOLD München	180	Kleintransporter	1
	BPOLD Pirna	19		
	BPOLD Sankt Augustin	457		
	BPOLD Stuttgart	327		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubter Aufenthalt im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Russische Föderation	BPOLD Bad Bramstedt	20	Flugzeug	891
	BPOLD Berlin	455	nicht bekannt	504
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	232	Zug	58
	BPOLD Hannover	125	PKW	17
	BPOLD Koblenz	16	KOM	5
	BPOLD München	181		
	BPOLD Pirna	31		
	BPOLD Sankt Augustin	330		
	BPOLD Stuttgart	85		
	<b>Gesamt</b>			
Syrien	BPOLD Bad Bramstedt	195	nicht bekannt	604
	BPOLD Berlin	40	Zug	212
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	18	PKW	76
	BPOLD Hannover	220	Flugzeug	55
	BPOLD Koblenz	49	KOM	16
	BPOLD München	141		
	BPOLD Pirna	28		
	BPOLD Sankt Augustin	185		
	BPOLD Stuttgart	87		
	<b>Gesamt</b>			
Afghanistan	BPOLD Bad Bramstedt	57	nicht bekannt	660
	BPOLD Berlin	35	Zug	121
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	17	Flugzeug	28
	BPOLD Hannover	150	PKW	5
	BPOLD Koblenz	95	KOM	6
	BPOLD München	136		
	BPOLD Pirna	22		
	BPOLD Sankt Augustin	183		
	BPOLD Stuttgart	125		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubter Aufenthalt im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Marokko	BPOLD Bad Bramstedt	14	nicht bekannt	480
	BPOLD Berlin	25	Zug	103
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	28	Flugzeug	90
	BPOLD Hannover	87	PKW	6
	BPOLD Koblenz	66	KOM	4
	BPOLD München	21		
	BPOLD Pirna	7		
	BPOLD Sankt Augustin	334		
	BPOLD Stuttgart	101		
	<b>Gesamt</b>			
Eritrea	BPOLD Bad Bramstedt	188	nicht bekannt	325
	BPOLD Berlin	3	Zug	241
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	43	Flugzeug	45
	BPOLD Hannover	208	KOM	35
	BPOLD Koblenz	72	Kleintransporter	7
	BPOLD München	29	PKW	4
	BPOLD Pirna	4		
	BPOLD Sankt Augustin	75		
	BPOLD Stuttgart	35		
	<b>Gesamt</b>			
China	BPOLD Bad Bramstedt	1	Flugzeug	580
	BPOLD Berlin	43	nicht bekannt	41
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	411	Zug	14
	BPOLD Hannover	18	KOM	1
	BPOLD Koblenz	19	PKW	1
	BPOLD München	70		
	BPOLD Pirna	9		
	BPOLD Sankt Augustin	59		
	BPOLD Stuttgart	7		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubter Aufenthalt im Jahr 2013				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Kosovo	BPOLD Bad Bramstedt	3	Flugzeug	393
	BPOLD Berlin	9	nicht bekannt	169
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	13	Zug	40
	BPOLD Hannover	75	PKW	28
	BPOLD Koblenz	27	KOM	1
	BPOLD München	163		
	BPOLD Pirna	6		
	BPOLD Sankt Augustin	165		
	BPOLD Stuttgart	170		
	<b>Gesamt</b>			
Serbien	BPOLD Bad Bramstedt	17	nicht bekannt	294
	BPOLD Berlin	43	Flugzeug	209
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	30	Zug	59
	BPOLD Hannover	29	PKW	38
	BPOLD Koblenz	85	KOM	19
	BPOLD München	90	Kleintransporter	6
	BPOLD Pirna	46		
	BPOLD Sankt Augustin	185		
	BPOLD Stuttgart	100		
	<b>Gesamt</b>			
Iran	BPOLD Bad Bramstedt	4	Flugzeug	418
	BPOLD Berlin	20	nicht bekannt	161
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	185	Zug	19
	BPOLD Hannover	111	PKW	3
	BPOLD Koblenz	18	KOM	1
	BPOLD München	43		
	BPOLD Pirna	6		
	BPOLD Sankt Augustin	181		
	BPOLD Stuttgart	34		
	<b>Gesamt</b>			



Unerlaubte Aufenthalt im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Syrien	BPOLD Bad Bramstedt	430	nicht bekannt	2 951
	BPOLD Berlin	163	Zug	492
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	23	PKW	141
	BPOLD Hannover	423	Flugzeug	71
	BPOLD Koblenz	242	KOM	49
	BPOLD München	1 343	Kleintransporter	40
	BPOLD Pirna	157		
	BPOLD Sankt Augustin	888		
	BPOLD Stuttgart	75		
	<b>Gesamt</b>			
Eritrea	BPOLD Bad Bramstedt	448	nicht bekannt	2 013
	BPOLD Berlin	27	Zug	910
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	37	Flugzeug	46
	BPOLD Hannover	391	KOM	25
	BPOLD Koblenz	391	PKW	14
	BPOLD München	915		
	BPOLD Pirna	12		
	BPOLD Sankt Augustin	708		
	BPOLD Stuttgart	79		
	<b>Gesamt</b>			
Türkei	BPOLD Bad Bramstedt	6	Flugzeug	1 343
	BPOLD Berlin	131	nicht bekannt	134
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	257	Zug	21
	BPOLD Hannover	219	PKW	20
	BPOLD Koblenz	16	KOM	4
	BPOLD München	178	LKW	1
	BPOLD Pirna	18		
	BPOLD Sankt Augustin	442		
	BPOLD Stuttgart	256		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Aufenthalt im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Marokko	BPOLD Bad Bramstedt	36	nicht bekannt	813
	BPOLD Berlin	43	Zug	165
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	25	Flugzeug	139
	BPOLD Hannover	157	KOM	10
	BPOLD Koblenz	138	PKW	6
	BPOLD München	88		
	BPOLD Pirna	24		
	BPOLD Sankt Augustin	574		
	BPOLD Stuttgart	48		
	<b>Gesamt</b>			
Afghanistan	BPOLD Bad Bramstedt	54	nicht bekannt	893
	BPOLD Berlin	74	Zug	159
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	23	Flugzeug	35
	BPOLD Hannover	208	KOM	2
	BPOLD Koblenz	157		
	BPOLD München	285		
	BPOLD Pirna	36		
	BPOLD Sankt Augustin	222		
	BPOLD Stuttgart	30		
	<b>Gesamt</b>			
Russische Föderation	BPOLD Bad Bramstedt	14	Flugzeug	816
	BPOLD Berlin	267	nicht bekannt	223
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	182	Zug	21
	BPOLD Hannover	105	PKW	13
	BPOLD Koblenz	23	Kleintransporter	1
	BPOLD München	172	LKW	1
	BPOLD Pirna	39		
	BPOLD Sankt Augustin	222		
	BPOLD Stuttgart	51		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Aufenthalt im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Kosovo	BPOLD Bad Bramstedt	9	nicht bekannt	429
	BPOLD Berlin	19	Flugzeug	305
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	29	Zug	70
	BPOLD Hannover	45	PKW	23
	BPOLD Koblenz	60	KOM	2
	BPOLD München	356	LKW	1
	BPOLD Pirna	25		
	BPOLD Sankt Augustin	144		
	BPOLD Stuttgart	143		
	<b>Gesamt</b>			
China	BPOLD Bad Bramstedt	1	Flugzeug	724
	BPOLD Berlin	50	nicht bekannt	28
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	471	Zug	12
	BPOLD Hannover	20	PKW	2
	BPOLD Koblenz	6		
	BPOLD München	142		
	BPOLD Pirna	3		
	BPOLD Sankt Augustin	61		
	BPOLD Stuttgart	12		
	<b>Gesamt</b>			
Algerien	BPOLD Bad Bramstedt	18	nicht bekannt	547
	BPOLD Berlin	20	Zug	112
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	32	Flugzeug	36
	BPOLD Hannover	127	PKW	6
	BPOLD Koblenz	64		
	BPOLD München	31		
	BPOLD Pirna	13		
	BPOLD Sankt Augustin	347		
	BPOLD Stuttgart	49		
	<b>Gesamt</b>			

Unerlaubte Aufenthalt im Jahr 2014				
Staatsangehörigkeit (Top-10)	Direktion	Anzahl	Fortbewegungsmittel	Anzahl
Iran	BPOLD Bad Bramstedt	7	Flugzeug	475
	BPOLD Berlin	34	nicht bekannt	133
	BPOLD Flughafen Frankfurt/Main	185	Zug	16
	BPOLD Hannover	77	PKW	5
	BPOLD Koblenz	19	KOM	3
	BPOLD München	55		
	BPOLD Pirna	6		
	BPOLD Sankt Augustin	233		
	BPOLD Stuttgart	16		
	<b>Gesamt</b>			

10. In wie vielen Fällen wurde insgesamt im Jahr 2013 bzw. im Jahr 2014 ein Verdacht auf eine unerlaubte Einreise bzw. einen unerlaubten Aufenthalt durch die Behörden von Bund und Ländern festgestellt (bitte nach den Hauptherkunftsstaaten differenziert und für beide Jahre getrennt angeben)?

Durch die Bundespolizei und die mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden der Bundesländer Bayern und Hamburg werden nur Daten zum Versuch der unerlaubten Einreise erhoben.

Statistische Daten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Staatsangehörigkeit (Top-10)	2013	Staatsangehörigkeit (Top-10)	2014
<b>Gesamt</b>	<b>2 029</b>	<b>Gesamt</b>	<b>1 906</b>
Russische Föderation	291	Russische Föderation	244
Türkei	194	China	143
China	136	Türkei	142
Ukraine	77	Ukraine	97
Libyen	67	Nigeria	64
Kasachstan	64	Saudi-Arabien	56
Saudi-Arabien	57	Albanien	52
Dominikanische Republik	51	Indien	50
Nigeria	45	Serbien	40
Indien	45	Kasachstan	40

11. In welchem Umfang sind welche Strafen wegen unerlaubter Einreise bzw. unerlaubten Aufenthalts gegen wie viele Personen (bitte auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren) in den Jahren 2013 bzw. 2014 (bitte getrennt angeben) verhängt worden?

Der Strafverfolgungsstatistik 2013 sind zu § 95 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) folgende Aussagen zu entnehmen:

Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte:

- 6 707 Verurteilungen,
- davon 359 zu Freiheitsstrafe,
- davon 278 zur Bewährung ausgesetzt.

Nach Jugendstrafrecht Verurteilte:

- 58 Verurteilungen,
- davon eine Jugendstrafe.

Eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeiten ist nicht möglich, für das Jahr 2014 sind die Daten zudem noch nicht verfügbar.

12. Wie erklärt die Bundesregierung, dass nach ihren Angaben im Durchführungszeitraum der Europäischen Polizeioperation Mos Maiorum in der Bundesrepublik Deutschland 2 664 Personen im Inland und 470 Personen an den Außengrenzen ohne Aufenthaltstitel bzw. Einreiseerlaubnis festgestellt wurden (Bundestagsdrucksache 18/3654), nach den Angaben aus dem Abschlussbericht Italiens aber 3 129 bzw. 509 Personen (Ratsdokument 5474/15)?

Zu welchen der Angaben auf Bundestagsdrucksache 18/3654 sind aufgrund von Nachmeldungen etc. gegebenenfalls noch weitere Korrekturen angezeigt?

Bei den in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 11a auf Bundestagsdrucksache 18/3654 vom 22. Dezember 2014 übermittelten Angabe, handelt es sich um die im Rahmen des gemeinsamen Einsatzes „Mos Maiorum“ in Deutschland durch die Bundespolizei festgestellten Zahlen. Die Bundesregierung war an der Erstellung der Tabelle auf Seite 6 des Abschlussberichts der italienischen Delegation vom 22. Januar 2015 (Ratsdok. 5474/15) nicht beteiligt.

13. Wie viele Einreiseverbote und Aufenthaltsverbote liegen derzeit gegen wie viele Personen vor (bitte auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten und dem Jahr der Verfügung differenzieren), und was lässt sich Genaueres über die Bereinigung des Ausländerzentralregisters in Bezug auf rechtswidrige Einreiseverbote infolge der Rechtsprechung des EuGH (Urteil vom 19. September 2013 in der Sache Filev/Osmani) sagen (wie ging die Bereinigung vor sich, wie lange hat sie gedauert, wie viele Datensätze wurden überprüft bzw. bereinigt, welche Kosten sind entstanden, wie viele Behörden bzw. Personal waren beteiligt usw.)?

Gemäß § 11 Absatz 1 AufenthG besteht ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für Personen, die ausgewiesen, abgeschoben oder zurückgeschoben wurden. Für die Auswertung wurden Personen mit mindestens einem der relevanten Sachverhalte berücksichtigt. Sofern zu einer Person mehrere relevante Speicherungen vorlagen, wurde die zuletzt erlassene Maßnahme berücksichtigt.

Ausländer mit Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Absatz 1 AufenthG (berücksichtigte Sachverhalte: Ausweisungsverfügungen, vollzogene Abschiebungen sowie Zurückschiebungen – Stichtag 31. Dezember 2014):

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Insgesamt</b>
Serbien	8 133
Türkei	8 055
Russische Föderation	5 702
Kosovo	3 997
Mazedonien	3 442
Jugoslawien (ehemals)	2 945
Vietnam	2 661
Ukraine	2 567
Algerien	2 454
Afghanistan	2 361
<b>Alle Staatsangehörigkeiten</b>	<b>95 529</b>

<b>Jahr der Verfügung</b>	<b>Insgesamt</b>
vor 1990	4 641
1990	193
1991	247
1992	369
1993	326
1994	433
1995	501
1996	653
1997	970
1998	1 015
1999	1 183
2000	1 370
2001	1 666
2002	1 731
2003	1 594
2004	2 073
2005	1 986
2006	2 120
2007	1 932
2008	1 998
2009	6 359
2010	10 637
2011	10 774
2012	11 213
2013	14 860
2014	14 684
unbekannt	1
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>95 529</b>

Als Konsequenz aus dem EuGH-Urteil Filev + Osmani (Urteil vom 19. September 2013, Rs. C-297/12) wurde im vergangenen Jahr bundesweit ein Bereinigungsverfahren durchgeführt. Zum Zweck der Festlegung einheitlicher Verfahrensweisen im Hinblick auf die zu befristenden Datensätze fand hierzu im November 2013 eine Bund-Länder-Besprechung statt. Das Bereinigungsverfahren führte dazu, dass alle Einreiseverbote, die älter als 5 Jahre sind (d. h. in der Regel unbefristet verhängte Einreiseverbote), von Amts wegen befristet wurden (Stichtag 30. Mai 2014), mit der Folge, dass diese Einreiseverbote in der weit überwiegenden Zahl der Fälle auf Grund Zeitablaufs keine Geltung mehr beanspruchen. Demnach wurden insgesamt 521 628 Sachverhalte nachträglich automatisiert befristet.

Ausgenommen wurden nur so genannte historische Einreise- und Aufenthaltsverbote, bei denen von dem betroffenen Ausländer nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden nach wie vor eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht (§ 11 Absatz 1 Satz 7 AufenthG).

An dem Bereinigungsverfahren waren die Innenministerien bzw. Senatsinnenverwaltungen der Länder, sämtliche Ausländerbehörden, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bundesverwaltungsamt, das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz beteiligt. Zu den entstandenen Kosten sowie der Anzahl des eingesetzten Personals können im Einzelnen keine Aussagen getroffen werden.

Da sich das Bereinigungsverfahren bislang nur auf die Fälle erstreckt hat, bei denen das Einreiseverbot am 30. Mai 2014 älter als fünf Jahre war, konnte noch keine vollständige Bereinigung aller Sachverhalte/Altfälle erreicht werden. Fälle, in denen das Einreiseverbot erst nach dem Stichtag die Fünfjahresgrenze überschritten hat bzw. überschreitet, waren dadurch noch nicht erfasst. In den kommenden Monaten ist geplant, in einem nächsten Schritt all die Fälle in einen zweiten Bereinigungsdurchgang einzubeziehen, bei denen ein unbefristetes Einreiseverbot noch besteht, da sie wegen des Nichterreichens der Fünfjahresgrenze nicht Gegenstand des ersten Bereinigungsdurchgangs waren.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*